

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Reis Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei treuer Abrechnung im Voraus für Monat März 25.— M., im Voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Jeder Streifenband besorgt für Deutschland, Ostpreußen, Danzig und Memelgebiete sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 2.— M., für das übrige Ausland 7.— M.

Die jüngstgegründete Konparatorkette über Herrn Baum kostet 10.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Interzeilen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Prämien für die Zwangsanleihe!

Die Hermes'schen Vorschläge

In den gestrigen Abendstunden fand eine Besprechung des Reichsfinanzministers und des Reichsfinanzministers mit den Führern und Steuerfachverständigen der Mehrheitsparteien statt, in der die Frage der Erhebung der Zwangsanleihe Gegenstand der Beratungen war. In der Sitzung legte Dr. Hermes den Entwurf des Finanzministeriums für die Erhebung der Zwangsanleihe vor. Er beruht auf dem Grundsatz der Selbstfinanzierung. Für Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe bis zum 1. Juli 1922 sollen Prämien gewährt werden. Für die späteren Einzahlungen sind Zuschläge in Aussicht genommen. Die endgültige Veranlagung soll dann auf Grund der Veranlagung zur Vermögenssteuer vorgenommen werden, mit der am 31. Dezember 1922 begonnen werden soll.

Falls diese Angaben sich als zutreffend erweisen, würde dieser Plan in vollem Umfang die scharfen Bedenken rechtfertigen, die wir beim ersten Bekanntwerden der Hermes'schen Pläne bezüglich der Zwangsanleihe geäußert haben. Durch die Gewährung von Prämien wird die angeblich unverzinsliche Anleihe ohne weiteres zu einer verzinslichen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß für spätere Einzahlungen Zuschläge geplant sind. Denn bei der Hermes'schen Finanzpolitik, die die größte Förderung der Geldentwertung darstellt, würden selbst bei hohen Zuschlägen oder Strafen die Vorteile, die sich aus der Geldentwertung und der verzögerten Einzahlung auf die Zwangsanleihe für die Besitzer ergeben, die Nachteile der Strafen oder Zuschläge weit überwiegen.

Die Sitzung nahm die Vorschläge Hermes, die bisher nur die Meinung des Finanzministeriums darstellen und das Kabinett noch nicht beschäftigt haben, ohne Beschlussfassung zur Kenntnis.

Der Kampf Hermes gegen Wirth

Heimliches Bündnis mit der Deutschen Volkspartei?

Während die „Germania“ die Tatsache, daß Dr. Hermes den Reichsfinanzminister Dr. Wirth ersucht hat, die endgültige Befehlsbefugnis des Finanzministeriums schleunigst vorzunehmen, mit dem Hinweis zu erklären versucht, daß jedes der beiden Ministerien die volle Arbeitskraft eines Mannes erfordere und deshalb eine endgültige Regelung aus sachlichen Gründen geboten sei, macht die Reichspresse keinen Hehl aus ihrer Absicht, Hermes zum Finanzminister zu machen. So

bringt es der „Lokal-Anzeiger“ fertig, den Kampf von Hermes gegen Wirth zu einem Vorstoß Wirths gegen Hermes zu stempeln. Am deutlichsten aber ist die „Tägliche Rundschau“. Ihre völlige Uebereinstimmung mit Hermes zeigen die nachfolgenden Sätze aus einem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Der heimliche Kampf zwischen Wirth und Hermes.“

„Sobald sich Herr Wirth in die finanzpolitischen Auseinandersetzungen einmischte, gab es Schwierigkeiten. Sobald Herr Hermes die Sache in die Hand nahm, ging alles ziemlich glatt.“

Auf den Vorwurf der Rechtssozialisten, die Deutsche Volkspartei habe sich nicht an das Kompromiß gehalten, sagt das Blatt:

„Sie ist sich mit Herrn Hermes, der auf der Grundlage des Kompromisses weiterverhandelt, nahezu ganz einig. So lange aber Herr Hermes nicht Finanzminister ist, ist seine Autorität bei der Durchführung der Vereinbarungen nicht hinreichend gesichert. Deshalb hat er nun den Reichsfinanzminister offiziell ersucht, endlich reinen Tisch zu machen und Farbe darüber zu bekennen, wie er sich die endgültige Befehlsbefugnis des Finanzministeriums denkt. Die „Völkische Zeitung“, die mit Herrn Wirth bekanntlich durch dick und dünn geht, spricht von einem „Ultimatum“ und meint, daß der Reichsfinanzminister gezwungen werden solle, der Steuerpolitik des Reichsfinanzministeriums beizupflichten. In der Tat spricht sich wohl die Frage: Wirth oder Hermes allmählich wirklich konfliktartig.“

Deutlicher kann wohl die Uebereinstimmung der Deutschen Volkspartei mit den Absichten von Hermes und ihre Neigung, ihn deswegen zum Finanzminister zu machen, nicht ausgedrückt werden.

Die Demokraten und die Zwangsanleihe

Der „Demokratische Zeitungsdiener“ erklärt, daß die Demokraten am Kompromiß festhalten. Auch ihre Stellung zur Zwangsanleihe sei klar. Obwohl sie früher nicht mit ihr einverstanden gewesen seien, seien sie jetzt entschlossen, die Zwangsanleihe durchbringen zu helfen. Doch seien sie auch bereit, einem Vermittlungsvorschlag zuzustimmen, daß die Zwangsanleihe zunächst auf Grund der Reichsnotopferveranlagung vorläufig eingezogen wird, wobei die Regierung weitgehende Vollmachten für Befreiungen und Milderungen erhalten müßte, um etwaige Härten zu vermeiden. Werden indessen bessere Vorschläge gemacht, so wird die demokratische Reichstagsfraktion nicht eigenhändig an jenem Vermittlungswege festhalten.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die Demokraten können so, aber auch anders.

Das Reichsmietengesetz

Von Bernhard Kubitz

Nach langwieriger, fast einjähriger Beratung ist das Reichsmietengesetz verabschiedet worden. Da angenommen werden kann, daß der Reichsrat das Gesetz auch in seiner jetzigen Fassung billigt, wird es am 1. Juli in Kraft treten. Die lange Dauer der Beratungen, die im Ausschuß zwar heftig aber sehr sachlich geführt wurden, rührte daher, daß sich die Vertreter der Mieter und die der Hausbesitzer in hartem Kampfe gegenüberstanden. Abgesehen von 1—2 Arbeitervertretern des Zentrums traten sämtliche bürgerlichen Parteien entschieden für die Interessen der Hausbesitzer ein. Gegenüber dieser Geschlossenheit war die einheitliche Stellung, die die Vertreter der drei sozialistischen Parteien zu dem Entwurf einnahmen, von großem Vorteil. Wenn sich auch die Kommunisten während der vielen Sitzungen zu dem Entwurf nicht äußerten, so stimmten sie doch stets — wenn sie anwesend waren mit unseren Genossen, auch im Plenum kämpften sie Schulter an Schulter mit den beiden sozialistischen Parteien.

Sozialisierung oder freie Wirtschaft, um diese große grundsätzliche Anschauung wurde auch bei dem Reichsmietengesetz gekämpft. Auf dem außerordentlichen Verbandstage des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzer, der am 11. Dezember 1921 in Berlin tagte, erklärte der Referent, daß das Reichsmietengesetz für die Hausbesitzer nur als Übergangsgesetz zur freien Wirtschaft in Frage käme. Diese „Edlen“ wissen, daß die freie Wohnungswirtschaft eine 25—30fache Steigerung der Mieten nach sich ziehen muß, weil nach ökonomischer Erkenntnis sich der Mietzins für den vorhandenen Wohnraum denen des neubauten sehr bald anpassen würde. Eine solche Entwicklung würde auf den Wohnungsbau preisstärkend wirken, wie auch auf die allgemeine Preisbildung, so daß dieser Prozeß zu den schwersten wirtschaftlichen Komplikationen führen müßte. Trotz dieser Tatsache machten sich die bürgerlichen Abgeordneten die Hausbesitzerforderungen zu eigen, dafür wurde ihnen auf dem Verbandstag der Hausbesitzer Lob und Dank ausgesprochen.

Im Gegensatz zu diesen rücksichtslosen Ausbeutungsbestrebungen forderten unsere Genossen eine vollständige Sozialänderung mit dem Hinweis, daß die Wohnungswirtschaft der privaten Spekulation entzogen und zu einer gesellschaftlichen Aufgabe durchgeführt werden muß. Bei der parteipolitischen Konstellation, die nicht zuletzt auf die Mieter zurückzuführen ist, die bürgerlich gewählt haben, konnte diese sozialistische Forderung nicht durchgesetzt werden, doch: der Anfang ist da. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich die Regierungsvorsteher bei diesem Gesetze den sozialistischen Argumenten nicht verschlossen. Wenn sie sich auch nicht offen für die Gemeinwirtschaft ausprägen, so erklärten sie doch, daß an der Zwangswirtschaft festgehalten werden muß und daß Mietsteigerungen nur insoweit zugelassen werden sollen, als die für das Haus aufzunehmenden Ausgaben notwendig sind, und sie fügten hinzu, daß eine Steigerung der Grundrente unter allen Umständen verhindert werden müßte. Mit der Durchsetzung dieser Grundföhrung wurde der Mieterschutz nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut. Das haben unsere Genossen sofort erkannt, deshalb trieben sie keine Abstinenzpolitik, sondern wirkten bis zur letzten Minute in diesem Sinne.

So wie bisher darf es in der Wohnungswirtschaft nicht weiter gehen, leiden doch unter der Verlotterung der Häuser und Wohnungen fast ausschließlich nur die Proletarier, und das in Stadt und Land. Nicht zuletzt dem unermüdblichen, energiegelassen Eintreten unserer Genossen ist es zu danken, daß die angestrebte Aufhebung der Zwangswirtschaft zusehender geworden ist. Doch wir verkennen nicht die Situation. Die Hauptarbeit muß noch geleistet werden, und zwar außerhalb der Parlamente. Machen sich die Mieter mit dem Reichsmietengesetz vertraut und werden sie sich ihrer sozialen Pflichten bewußt, d. h. sind auch sie bereit, gegen den Hausbesitz zu kämpfen, dann — aber auch erst dann — kann einem errungenen Fortschritt gesprochen werden.

Das Reichsmietengesetz bestimmt, daß auf schriftlichen Antrag eines der Vertragsteile die Höhe des Mietzinses gesetzlich festgelegt werden muß. Kommt eine Einigung zwischen Vermieter und Mieter nicht zustande, so entscheidet das Mietseinstellungsgesamt. Auf Anordnung der obersten Landesbehörde hat der Hausbesitzer Vereinbarungen über die Höhe des Mietzinses der Gemeindebehörde oder dem Mietseinstellungsgesamt anzugeben.

Der Berechnung der gesetzlichen Miete muß die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt werden. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandhaltungskosten enthaltene Betrag ist abzuziehen, und erst der verbleibende Teil bildet die Grundmiete. Die abzuziehenden Beträge legt die oberste Landesbehörde fest.

Zu der Grundmiete treten Zuschläge für Steigerung der Zinsen, sowie für Betriebs- und laufende Instandhaltungskosten. Die Zuschläge sind reine Zweckbeiträge, über die der Hausbesitzer dem Mietervertreter die sachgemäße Verwendung der Gelder nachzuweisen hat. Diese Bestimmung ist noch in letzter Stunde auf dringendes Fordern unserer Genossen in das Gesetz

Die Kämpfe um Fiume

Budapest, 3. März.

Aus Ugram wird dem Ungarischen Telegraphen-Correspondenz-Bureau gemeldet, daß der Gouverneur von Fiume Richard Zanella sich nach einem sechsständigen heftigen Kampfe heute mittag ergeben mußte und sich in der Gefangenschaft der Faschisten befindet.

Ueber die Kämpfe in Fiume meldet „Europa-Press“ noch: Chetwellige Legionäre und Faschisten haben Freitag morgen das Post- und Telegraphengebäude besetzt und sich der Verwaltung bemächtigt. Nachher rückten bewaffnete Abteilungen gegen das Regierungsgebäude vor und ergriffen von den umliegenden Häusern Besitz. Von den Dächern aus eröffneten sie ein Gewehrfeuer auf das Regierungsgebäude. Der Angriff auf das Regierungsgebäude dauert noch an. Die Säulenteile von Fiume haben sich im Regierungsgebäude von Fiume verbarrikadiert. Die Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, weshalb Einzelheiten fehlen.

Zu den Unruhen in Fiume meldet der „Popolo d'Italia“, daß der Vertreter von Fiume, Kapitän Host Venturi, in Rom eingetroffen ist und dort Fühlung mit verschiedenen Gruppen der Kammer genommen hat. Host Venturi legte die Lage der Stadt Fiume dar, die sich infolge der letzten Ereignisse bedeutend verschlimmert hat. Danach haben Elend und Hunger in der Stadt so stark zugenommen, daß eine unverzügliche Intervention der italienischen Regierung nötig ist. Host Venturi wird auch vom Ministerpräsidenten de Facta empfangen werden.

Die Stadt Fiume ist seit Kriegsende der Schauplatz erbitterter Kämpfe geworden. Ursprünglich sollte Jugoslawien die Stadt erhalten. Die langen Verhandlungen hierüber unterbrach durch seinen Gewaltstreich Gabriele d'Annunzio, der die Stadt für Italien in Besitz nahm. Er mußte aber später weichen, da in dem zwischen Italien und Jugoslawien abgeschlossenen Vertrag von Rapollo Fiume als Freistaat erklärt wurde.

Die italienischen Nationalisten haben sich mit dieser Lösung nie zufrieden gegeben. Sie wollen am liebsten ganz Dalmatien einverleiben. Ihre Kampftruppe, die Faschisten, wiederholen nun den Feldzug ihres Heros d'Annunzio. Für die neue italienische Regierung dürfte dieser

neue Zwischenfall mancherlei unangenehme Folgen haben. Sie ist gezwungen, die Einhaltung des Vertrages von Rapollo zu gewährleisten, umso mehr, da die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien ohnehin nicht gerade freundlich sind.

Die Faschisten, eine Erneuerung des mittelalterlichen Kondottierstyps, machen jede ruhige Politik in Italien unmöglich. Sie haben in der letzten Zeit ihre Hände sogar nach dem Kanton Tessin der italienischen Schweiz ausgestreckt und sich verschworen, dort eine Irredenta zu schaffen, die die Provinz an Italien bringen soll. Jede italienische Regierung wird ihr Augenmerk darauf zu richten haben, der Faschisten Herr zu werden. Leicht dürfte das kaum werden, da die Banden gut ausgerüstet sind und vor nichts zurückschrecken.

Internationale Fürsorge für Kriegsverletzte

EB. Genf, 3. März.

Auf dem hiesigen internationalen Arbeitsamt vertrat unter dem Vorsitz von Albert Thomas eine Sachverständigenkonferenz die Interessen der Kriegsverletzten. Die Konferenz ist auf Veranlassung der großen Organisationen der Kriegsverletzten einberufen worden. Sie ist von sechs Sachverständigen aus diesen Verbänden und vier Regierungssachverständigen aus den entsprechenden Verwaltungen Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands besetzt. Neben der Vorbereitung einer internationalen Ausstellung künstlicher Gliedmaßen beschäftigt sich auch die Konferenz mit dem Plan internationaler Verträge, wie sie zwischen England und den Dominionen, Kanadas und den Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich bereits abgeschlossen sind, die den Zweck haben sollen, die Kriegsverletzten des einen Landes auch in den andern Ländern der Wohlfahrt der Kriegsbeschädigten teilhaftig werden zu lassen. Schließlich beriet die Konferenz auch die Möglichkeit, in wie weit die Vorteile der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch den Berufsinvaliden zuteil werden könnte.

Keine Apanage für Kaiser Karl. Die Vorkasternkonferenz hat infolge einmütiger Ablehnung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten die Bestimmung einer Apanage für Karl von Habsburg abgelehnt.

aufgenommen worden. Wenn ein Hausbesitzer die Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten unterläßt oder die Gelder nicht sachgemäß verwendet, kann ihm auf Antrag des Mieters oder von Amts wegen der entsprechende Teil des Mietzinses entzogen und eine sachgemäße Ausführung der Instandsetzungsarbeiten angeordnet werden.

Das Gesetz unterscheidet laufende und große Instandsetzungsarbeiten. Als große Instandsetzungsarbeiten gelten: die Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Daches, der Abputz oder Anstrich des Hauses im Inneren, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, sowie ähnliche außerordentliche, einen größeren Kostenaufwand erfordernde Arbeiten. Für Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Zuschlag zu zahlen. Dieser Zuschlag ist von dem Vermieter auf ein für sein Haus besonders einzurichtendes Hauskonto anzulegen. Eine Verfügung des Hausbesitzers über das Hauskonto bedarf der Zustimmung der Mieter.

Gemeinde und Gemeindeverbände können mit Zustimmung der obersten Landesbehörde außerdem noch einen Ausgleichsfonds einführen, aus dem für große Instandsetzungsarbeiten an wirtschaftlich Schwache Beihilfen nach billigem Ermessen gewährt werden.

Die Mietsbildung ist, wie aus der kurzen Darlegung ersichtlich, sehr kompliziert und wird sicher auch auf große Schwierigkeiten stoßen, trotzdem darf nicht verkannt werden, daß die Zuschläge nach Hunderthsätzen für die Gemeinden festgesetzt werden von den obersten Landesbehörden, die im Einvernehmen mit den Gemeindebehörden, den Mietsvereinsämtern und den in Frage kommenden Organisationen handeln sollen. Der Mieter hat demnach nur darüber zu wachen, daß der von ihm entrichtete Mietzins vom Hausbesitzer sachgemäß verwendet wird.

Der § 9 war der umstrittenste des Gesetzes. Um ihn ist nicht nur im Ausschuss und Plenum hart gekämpft worden, sondern auch bis zur letzten Minute hinter den Kulissen. Dieser Paragraph regelt die Mietsbildung der gewerblichen Räume. Die Hausbesitzer wollten zumindestens die Lockerung der Zwangswirtschaft, die, nachdem alle Versuche mißglückt waren, der § 9 bringen sollte. Wenn auch ihr Hinweis nicht bestritten werden soll, daß viele Mieter gewerblicher Räume schablonenmäßige Gewinne erzielen, so dürfte doch ein Teilhaber der Hausbesitzer an diesen schablonenmäßigen Gewinnen zugelassen werden. Diese Gewinne müssen weggeeuert werden, jedoch nicht von den Hausbesitzern, sondern von den Finanzämtern. Erreicht haben die Hausbesitzer, daß für gewerbliche Räume ein besonderer Zuschlag erhoben werden kann. Jetzt haben es aber die Gemeindebehörden in der Hand, es zu verhindern, daß diese Besteuerung nicht zu einer Erhöhung der Grundrente führt.

Entgegen einer interfraktionellen Vereinbarung brachte das Zentrum in der letzten Minute einen Antrag ein, der das Gesetz auf vier Jahre befristet. Dieser Antrag widerspricht dem Grundgedanken des Gesetzes. Er ist eingebracht und leider auch angenommen worden, damit die niedrigsten Grundstückspreisen nicht unterbunden werden.

Trotz Annahme dieser Bestimmung und anderer Schwächen hat die Unabhängige Sozialdemokratie dem Reichsmietengesetz zugestimmt und zur Annahme verholfen. Die Partei durfte die Mieter nicht den Hausbesitzern zur willkürlichen Ausbeutung ausliefern. Die ehemaligen Hauspächter toben und werden den Kampf in der bekannten demagogischen Art weiterführen, doch sie müssen unterliegen, wenn die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften, Genossenschaften und die Mieterorganisationen zusammenstehen. Nicht nur abzuwehren gilt es, sondern es muß übergegangen werden zum Angriff für die Sozialisierung des Wohnungswesens. Dieses Ziel ist nur im planmäßigen zähen Kampfe zu erreichen. Die Zeit ist diesem großen Bestreben günstig, denn augenfällig zeigt sich der Verfall der kapitalistischen Wohnungswirtschaft, darum: nützen wir die Stunde!

Genosse Ledebour überfahren

Gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr ist Genosse Ledebour das Opfer eines Unfalles geworden. Nach Absteigen von der Straßenbahn an der Potsdamer Brücke wurde er von einem Radfahrer von hinten überfahren und zu Boden geschleudert, wobei er den rechten Unterschenkel brach. Er wurde zuerst zur Unfallstation gebracht und von dort zum Krankenhaus transportiert. Das Allgemeinbefinden des Genossen Ledebour ist, wie wir hören, gut, so daß für erste Besorgnis keine Ursache vorliegt. Wir wünschen dem Genossen Ledebour, daß er recht bald wieder hergestellt wird und mit gewohnter Frische und Energie seine Arbeit für die Partei wieder aufnimmt.

Biel Lärm um nichts

Der Unfall der Rechtssozialisten

Nachdem in der Sitzung des Steuerausschusses vom Donnerstag der Abg. Rahmann (S. P. D.) angekündigt hatte, daß man von der Deutschen Volkspartei eine klare Stellung zum Steuerkompromiß verlangen werde, fanden in der Freitagssitzung diesbezügliche Verhandlungen statt. Zuvor fand ein Antrag Annahme, wonach kommunale Gas-, Elektrizitäts-, und Wasserwerke ebenfalls die Umsatzsteuer zahlen müssen, wovon ihnen allerdings auf Grund einer angemessenen Entschädigung ein Zwölftel erstattet werden sollen. Genosse Goldmann trat den Ausführungen des Herrn Scholz (D. V. P.) entgegen und behauptete, daß als den Fürsprecher gleichartiger kapitalistischer Unternehmungen.

Hierauf gab Abg. Bernstein (S. P. D.) die angekündigte Erklärung ab. Er verlangte, nachdem Zentrum und Bayerische Volkspartei ihre Unterstützung unter den Ausnahmetagen zugunsten landwirtschaftlicher Genossenschaften zurückgezogen hätten, daß nunmehr auch die Deutsche Volkspartei ein Gleiches tun solle. Beder (D. V. P.) erklärt, daß für keine Partei hierzu Feinerlei Beratung bestünde. Wie keine Partei über das Steuerkompromiß denke, hätte jeder, der verstehen wolle, aus der letzten Zeit herausfinden können. Nachdem Erminger (Bav. P.) und Herold (Z.) erklärt hatten, daß juristisch mit diesem Antrage kein Bruch des Steuerkompromisses gegeben sei, erklärte Beder erneut, daß es ihm so vorläge, als ob die Rechtssozialisten aus einer kleinen Kapselle nur einen Ausweg finden möchten, weil ihnen die Konsumvereine auf den Hals gekommen wären. Gen. Goldmann erklärte, daß in Wirklichkeit ein Ausnahmestück für die landwirtschaftlichen Genossenschaften geschaffen werden solle und man würde der höchst widersinnigen Agitation im Lande damit begegnen, um den Arbeitern aufzuzeigen, daß man alle Kosten auf die Minderbemittelten zum Vorteil der Besitzenden abwälzen wolle. Nachdem Bernstein (SPD.) noch zum Ausdruck brachte, daß seine Partei ein unangehörerliches Opfer beim Steuerkompromiß gebracht habe, indem sie die Konsumgenossenschaften nahezu opferte, kam es zur Abstimmung. Hierbei ergab sich das lobenswerte Bild, daß außer den Deutschnationalen zwei Mitglieder

der Deutschen Volkspartei für den Antrag stimmten. Die Abg. Scholz und Dr. Beder stimmten mit den Mitgliedern des Zentrums, der Demokraten und der Linken den Antrag zu. Fall. Anstatt, daß nun die Rechtssozialisten den mit vielem Tamtam angekündigten Vorstoß restlos durchgeführt hätten, stimmten sie für die 2 Prozent Umsatzsteuer, gegen den Antrag der Unabhängigen auf 1 1/2 Prozent. Ebenso stimmten sie dem Antrag Langehegmann (Zentrum) zu, wonach die Konsumvereine restlos mit 2 Prozent Umsatzsteuer belastet werden.

Die Arbeiter im Lande mögen sich, soweit sie der rechtssozialistischen Partei angehören, bei ihren Führern hierfür bedanken. Denn durch dieses Steuerkompromiß werden die Konsumenten und die minderbemittelte Bevölkerung stark belastet, der Besitz dagegen in geradezu unerhörter Weise gespart.

Der Sündenlohn

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die spanische Kommission für die Verteilung der zur Ermittlung der Räder der Datas ausgelegten Prämie beschlossen, eine Summe von 800 000 Mark nach Berlin zu schicken und den bis zu einer Million Pesetas verbleibenden Rest zur Auszeichnung weiterer Personen zu verwenden, die zur Ergreifung beigetragen haben.

Diese Mitteilung wird sicherlich im Berliner Polizeipräsidium einen Sturm der Entrüstung ausgelöst haben. War es doch vor allem die verlockende Aussicht, als Belohnung eine Million Pesetas (das sind bei heutigem Kurse ca. 40 Millionen Mark) zu erlangen, die den Eifer der Beamten der politischen Abteilung so sehr angestachelt hat, daß sie die beiden Spanier wenige Tage nach ihrer Ankunft in Berlin aufspürten. Und nun als Belohnung schäbige 800 000 Mark! Es gibt wirklich keine Dankbarkeit mehr auf Erden!

Wer sabotiert die Einigung?

In der Pariser „Humanité“, dem Zentralorgan der französischen Kommunisten, versucht Charles Rappoport die Anklagen zu entkräften, die wir gegen die Bemühungen seiner Partei erhoben, die internationale Einigung des Proletariats zu sabotieren. Dieser Rechtfertigungsversuch ist elend vorbeigefahren. Rappoport vermag keinen einzigen ernstesten Grund anzuführen, die seine Partei — und mit ihr auch die übrigen kommunistischen Parteien — veranlaßt hätte, der sozialistischen Reparationskonferenz in Frankfurt fernzubleiben. Dafür ergeht er sich in wüsten Schimpfereien gegen die „Kriegssozialisten“ der Zweiten Internationale und klagt die Unabhängigen an, daß sie aus Charakterlosigkeit und Schwäche das Proletariat erneut den „Sozialverrättern“ ausgeliefert hätten.

Charakteristisch ist aber vor allem der folgende Satz, in dem Rappoport die taktische Haltung der französischen Kommunisten zusammenfaßt:

„Ja, die Kommunisten sabotierten, sabotieren und werden sabotieren die Einigkeit der Arbeiter mit den Kapitalisten, die Einigkeit der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern, die Einigkeit der Schlächter mit den Hingeschlachteten. Das ist unsere elementarste Pflicht, unsere Daseinsberechtigung, unsere Rechtfertigung vor der Geschichte.“

Im Zusammenhang mit den übrigen Darlegungen bedeuten diese Sätze nichts anderes als das Eingeständnis der festen Absicht der französischen Kommunisten, auch in Zukunft allen Versuchen einer internationalen Einigung entgegenzutreten, sie mit allen Mitteln zu sabotieren. In unlösbarem Widerspruch zu dieser Taktik der französischen Kommunisten steht die noch in den letzten Tagen erneut deklarierete Absicht der Moskauer Exekutive, an einer internationalen Konferenz gemeinsam mit den „Sozialverrättern“ der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft teilzunehmen. Es besteht natürlich kein Zweifel darüber, daß dies nicht zu dem Zweck geschieht, eine wirklich aktionsfähige Internationale zu schaffen, sondern daß die Moskauer Demagogen nach wie vor ihre besonderen Zwecke verfolgen. Noch soeben hat Sinowjew in der Schlußsitzung der Moskauer Exekutive erklärt:

„Als Gegengewicht gegen die Bourgeoisie habe das Proletariat das Bestreben, eine eigene internationale Konferenz einzuberufen, aus welcher die Führer der Internationale 2 und 3/4 eine Antwort darauf geben sollen, ob sie wirklich für die wichtigsten Forderungen des Proletariats kämpfen wollen. Die Kommunisten müßten dafür sorgen, nicht nur den Vortrupp des Proletariats, sondern die Mehrheit des ganzen Proletariats für sich zu haben.“

Das alles war zu erwarten, das ist der lächerliche Moskauer Stil, die bekannte Schablone, die seit Jahren zur Ruinierung der internationalen Arbeiterbewegung angewendet wird. Was aber im Augenblick besonders interessiert, ist die Differenz, die zwischen Moskau und Paris besteht. Hier die offene Erklärung: „Wir sabotierten, sabotieren und werden sabotieren!“ Dort die heimtückische, demagogische Taktik der Sinowjew und Konforten: Proletarische Einheitsfront, internationale Konferenz, Zusammenarbeit mit Wien, London und Amsterdam — aber nur zu dem Zweck, um die „Sozialverräter“ zu „entlarven“ und „über ihre Köpfe hinweg“ die Massen für sich zu gewinnen!

Gegenüber diesen gerissenen Geschäftspolitikern steht der gute Rappoport mit seinem offenen Bekenntnis zur Sabotage wie ein armer Weissenknabe da, der noch sehr lange bei Sinowjew in die Schule gehen muß, um der kommunistischen „Elite“ zugerechnet werden zu können.

Wilhelm verhöhnt die Kriegsopter

Anfang November 1921 wandte sich der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin-Norden des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen mit einem ausführlichen Schreiben nach Haus Doorn und bat um eine Gabe für die Weihnachtsbescherung der Kinder der ärmsten Kriegsopter. Er erhielt folgende Antwort:

Haus Doorn, 13. 11. 21.

Seine Majestät der Kaiser hat aus Ihrem Schreiben vom 5. 11. erneut mit aufrichtigem Bedauern von der Notlage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Kenntnis genommen. Die für derartige Zwecke hier verfügbaren Mittel sind aber längst aufgebraucht. Die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse sind für die hierige Verwaltung geradezu vernichtend, für 100 deutsche Mark gibt es zur Zeit nur 1 1/2 holländische Gulden. Bei der in Holland herrschenden Teuerung kann von dem deutschen Gelde kaum das Notwendigste bestritten werden!

Auf Befehl Seiner Majestät ist Ihr Schreiben an die Schatzverwaltung in Berlin weitergegeben. Wenn dort noch Geld verfügbar sein sollte — was hier nicht bekannt ist —, wird sie helfen.

Auf Befehl Seiner Majestät lege ich für Sie — Ihrem Wunsche entsprechend — eine Bildkarte bei.

gez. von Dommes, Oberstleutnant a. D.

Diese Antwort ist einfach eine Verhöhnung derjenigen, die Wilhelm und seine Trabanten durch ihre wahnsinnige Politik zu Krüppeln gemacht haben. Wenn dieses geizige Hofgebetel sich

wenigstens den Anschein gegeben hätte, helfen zu wollen, aber nein. Den Kriegsoptern keinen Pfennig von den Millionen, die man teils mitgehen ließ, teils nachgeworfen erhielt; dafür eine Postkarte mit dem überwältigenden Bildnis S. M., des obersten Kriegs- und Fluchtherrn!

Ausgeschlossene Kommunisten

Krise im Bauarbeiterverband

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit Ausschüssen aus dem Bezirksverein Berlin des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Die Ausschüsse erfolgen wegen der Beteiligung der betreffenden Mitglieder an kommunistischen Sonderbestrebungen innerhalb des Verbandes und werden bewirkt durch ein Schreiben des Bezirksvorstandes, das den Ausschlossenen Beschlüsse gegen die Grundzüge des Verbandes vorwirft und sich auf die Verbandssatzung sowie auf Beschlüsse des Karlsruher Verbandstages, des Verbandsvorstandes und Beirates beruft. Zum Schluß heißt es in dem Schreiben:

„Zu den Veranstaltungen des Vereines und zum Verbandsbureau hast Du keinen Zutritt mehr. Wir fordern Dich auf, Dein Mitgliedsbuch, welches Verbandsbesitz ist sowie etwa in Deinen Händen befindliches Verbandsmaterial, Geld usw. sofort abzuliefern.“

Gegen den Ausschluß steht Dir das Beschwerderecht nach § 21, Ziffer 3 der Verbandssatzung zu.“

Die Vorgänge, die zu diesem Schritt der Berliner Verbandsleitung geführt haben, schildert die „Rote Fahne“ folgendermaßen:

„Wie stehen die Dinge? Welt die Thäns und Krause fürchteten, daß die neue Generalversammlung, die zu 80 Prozent aus Kommunisten besteht, ihrem schändlichen, den Verband schädigenden Treiben ein Ende bereiten würde, versuchten sie mit der alten Generalversammlung, in der sie eine schwache Mehrheit hatten, einen Rachezug gegen die Kommunisten zu führen. Diese alte Generalversammlung hat aber nicht getagt, bevor es in ihr zu einer Aussprache kommen konnte, ob die neuen Delegierten zu Recht gewählt sind oder nicht, hat Krause die Versammlung aufgelöst. Danach hat keine Generalversammlung stattgefunden, sondern nur eine Fraktionsitzung der USV- und SPD-Delegierten. In dieser Fraktionsitzung haben die Anwesenden beschlossen, 130 der neugewählten Funktionäre aus dem Bauarbeiterverband auszuschließen. Das ist der Tabu bestand, und daran kann kein Deuteln etwas ändern.“

Wir wissen nicht, ob das stimmt, und geben die Darstellung mit Vorbehalt, aber doch in dem Bestreben wieder, dem in diesem Falle angeklagten und sich angegriffen fühlenden Teil das Wort zu geben. Im übrigen haben auch wir den Wunsch, derartige Dinge wären nicht nötig. Sie haben sich indes — leider — früher schon im Deutschen Metallarbeiterverband und in anderen Gewerkschaften als nötig erwiesen. Wo haben seinerzeit stets zur Milde und Vorsicht ermahnt denn wir verkennen die Gefahren nicht, die aus solchen Krisen für die Organisationen erwachsen können. Aber im übrigen tragen die betreffenden Verbände allein die Verantwortung für ihre Handlungen und ebenso die Folgen. Die verantwortlichen Instanzen können auch allein die inneren Vorgänge in den Organisationen, die zu diesen Erschütterungen führen, beobachten, und wir nehmen an, daß sie sich alles dessen, der Verantwortlichkeit wo der Folgeschwere ihres Handelns, bewußt sind. Darum erscheinen uns Ratschläge von Außenstehenden nicht geeignet, der betreffenden Organisation über ihre Krise hinwegzuhelfen. Und darauf kommt es doch nur an.

Die „Rote Fahne“ aber schimpft einen ganzen Leitartikel lang und morgen wird sie auch uns beschimpfen, weil wir nicht mit ihr geschimpft haben. Das pflegt uns nicht irre zu machen. Nach das schon im allgemeinen keinen Eindruck auf uns, so in dieser besonderen Falle schon gar nicht. Denn: Das „Reinigen“ haben die Gewerkschaften von der SPD. doch erlernt!

Hugo J. Herzfeld

Nach Wittermeldungen ist in Dresden der bekannte Berliner Bankier Hugo J. Herzfeld im 51. Lebensjahre an Herzschlag gestorben. Einer der reichsten Leute von Berlin, hat er sich riesenvermögen erst in den letzten Jahren erworben. Die Unfähigkeit der herrschenden Wirtschaftsverhältnisse, die die übrige Volksteile in dauernder Notlage erhält, wurde diesem Mann die Basis zu umfangreichen Spekulationen. Sein Geld war besonders gen. durch die er sich das Eindringen in die Gesellschaften verdien. durch die er sich das Eindringen in die Gesellschaften verschaffte. Diese Manipulationen, volkswirtschaftlich unfruchtbar haben wesentlich mit zur Verunreinigung des Börsenverkehrs beigetragen. Wir haben vor einigen Tagen ein Beispiel dieser Finanzaktionen mitgeteilt, nämlich den Verkauf des anhaltinischen Staatsbesitzes an dem Kaliwerk Salzbergrath an Hugo J. Herzfeld. Man muß bei diesen Dingen immer wieder betonen, daß es sich hier nicht etwa um vorbedachte Transaktionen der Ertragssteigerung und technische Durchbildung der betreffenden Unternehmungen handelt, sondern einzig und allein um das finanzielle Ergebnis, das mit dem Druck einer Aktienmehrheit erreicht wird. Herzfeld hat noch in folgenden Unternehmungen große Aktienanteile an sich gebracht: Metall-Werke Westeregeln allein 1/2 Milliarde, Ber. Chem. Werke Leopoldsdahl A. G., Norddeutsche Lloyd, Bremen (23 Mill. Aktien), Argo, Dampfschiffahrt-Gesellschaft Bremen u. a.

Zu gleicher Zeit wird der Tod des Geschäftsinhabers der Disconto-Gesellschaft, Hermann Waller, gemeldet.

Kleine Nachrichten

Ein Protest Italiens. Italiens hat an den italienischen Minister des Aeußeren eine Depesche gerichtet, in der es seinem Ersuchen über die freiliche Vertagung der Konferenz von Genua Ausdruck verleiht. Er schlägt vor, die Konferenz endgültig für den 28. März einzuberufen, und fordert eine Verständigung drei Wochen vorher.

Russland und Genua gleichberechtigt. Die italienische Regierung hat dem „Quanti“ zufolge der Sowjetregierung auf ihren Wunsch bekräftigt, daß die Abordnung der Räterepublik auf der Konferenz von Genua die gleichen Rechte haben werde, wie diejenigen der anderen Staaten.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Der Wiener Minister hat beschlossen, alle Ministerien mit der sofortigen Einstellung der im Bundesvoranschlag vorgesehenen öffentlichen Arbeiten zu beauftragen, um der wachsenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun. Ein Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beabsichtigen, im Nationalrat einen Antrag auf die Erhöhung der Mindestunterstützungsbetrag um 150 Prozent einzubringen.

Sommerzeit in Frankreich. Die französische Regierung beschloß die Sommerzeit in der Nacht zum 26. März einzuführen.

Polst und Dikmar in Schweden. Zu dieser Notiz in unsere Montag-Abendausgabe bitten wir die Schwedemänner Volkswacht mitzuteilen, daß die fälschlich verbreitete Meldung über die Diffizier Dikmar und Polst der „Swinemünder Volkswacht“ entnommen worden ist und nicht der „Swinemünder Volkswacht“. Ein solches Blatt existiert nicht.

Die Entlassungen bei der Eisenbahn

6000 Jugendliche zur Arbeitslosigkeit verurteilt

Groener hat verfügt, daß zum 31. März eine umfangreiche Personalverminderung bei der Eisenbahn stattfinden soll. Er benutzt die durch die Nachwirkungen des Eisenbahnstreiks verursachte Unruhe, um diesen anscheinend längst geplanten Streich durchzuführen. Der Minister verbindet so seine Sanierungsaktion mit dem Nachschubzug gegen die Eisenbahner und erreicht damit nur, daß der Unwille des Personals über die Entlassungen und der Widerstand gegen sie sich vermehrt. Bösartig und brutal, wie die gesamte Personalpolitik ist, ist auch diese Aktion, die die Wahl ihres Zeitpunktes. Das zeigt sich besonders auch daran, daß der Minister eine große Anzahl von Jugendlichen bestimmt hat, wie aus der nachfolgenden Zusammenfassung hervorgeht, die größte Beachtung:

Mafregeln, Entlassungen und sonstige „arbeitsfreundliche“ Handlungen des Generals Gröner sind eigentlich nichts Neues mehr. Eine Angelegenheit, die mit ganz besonderer Deutlichkeit die unendliche Brutalität der Personalpolitik im Eisenbahnstreik zeigt, verdient jedoch besondere Beachtung. Wie schon aus früheren Presseberichten ersichtlich war, sind bei den zum 1. April stattfindenden Entlassungen auch die jetzt aussernden Lehrlinge einbezogen. Die bei der Eisenbahn jetzt aussernden Lehrlinge, im Eisenbahndienst Berlin etwa 300 an der Zahl, sind Kriegsteilnehmer. Die Eisenbahnerverwaltung legte während des Krieges großen Wert darauf, durch Nischenstellungen und Lehrlingsstellen den Verlust an Arbeitskräften, die im Heeresdienst standen, zu decken. Die Ausbildungsmöglichkeiten waren während des Krieges die denkbar überaus besten. Handlangerarbeiten und dergl. gehörten zur „Ausbildung“. Nach dem Kriege wurden die Lehrlinge, die jetzt in großer Zahl in den Werkstätten beschäftigt wurden, durch die Einstellungen der vom Heeresdienst heimkehrenden — man darf es getrost sagen — überflüssig. Auch jetzt war wegen Raummangels und aus anderen Gründen die Ausbildung nicht die, um die Gewähr für die Heranbildung tüchtiger Handwerker zu geben. Jetzt springt man aber mit derselben Leichtfertigkeit mit den Lehrlingen um, wie ehemals bei der Einstellung. Rigoros wird per „Einkreiben“ den Eltern der jetzt noch Lernenden mitgeteilt, daß ihre Söhne ab 1. 4. keine Beschäftigung mehr bei der Eisenbahn erhalten können. Man nimmt keine Rücksicht auf die schlechten Ausbildungsmöglichkeiten, denen die jetzt noch Lernenden ausgesetzt waren. Auch schwächliche, durch die „herrliche Zeit“ während des Krieges unterernährte Jugendliche, sagt man nicht weniger hart an. Man treibt „Jugendpflege“ auf der Eisenbahn und dergl. Dinge mehr; aber es ist wirklich wenig davon zu merken, ob diese Jugendpflegearbeit auch im Sinne der Jugendfürsorge wirksam wird. Sonst dürften derartige Maßnahmen gar nicht möglich sein.

Schon im letzten Jahre hatte das Reichsverkehrsministerium Entlassungen der Aussernden geplant. Durch einen Eingriff des Reichsarbeitsministers vom 31. 3. 21 wurden diese Maßnahmen rückgängig gemacht. Der Reichsarbeitsminister wies in seinem Schreiben noch besonders darauf hin, daß durch eine etwaige Entlassung große Gefahren in stichtlicher Beziehung für die jungen Arbeitslosen entstehen könnten. Durch derartige Maßnahmen, wie sie das Reichsverkehrsministerium jetzt vorzunehmen gedenkt, sind in der Tat die besten Möglichkeiten vorhanden, die „Jugend der Zukunft“, von der soviel geprahlt wird, dem Verderben und dem Vester in die Arme zu treiben. In Deutschland kämen durch Ministerialverordnung etwa 6000 Jugendliche zur Entlassung. Will man in diesen 6000, durch leichtsinnigen Bureaokratismus den Keim des Brutalen einpflanzen, dann gut. Aber doch möchten wir nicht versäumen, vor aller Öffentlichkeit den Versuch zu unternehmen, die zuständigen Stellen von dem leichtsinnigen Vorhaben noch in letzter Stunde abzubringen. Unser Ruf darum: „Schafft nicht noch mehr Arbeitslose! — Bedenkt, es sind Jugendliche.“

Das Vorgehen des Eisenbahnministeriums ist so unverantwortlich, daß es auf keinen Fall stillschweigend hingenommen werden darf. Wir erwarten, daß das Kabinett dem Loben dieses Mannes Einhalt gebietet.

Die Wirkung der Entlassungen

Wie die Entlassung von 20 000 Mann, die Groener durchzuführen will, auf den Eisenbahnbetrieb wirkt, geht aus einer Zuschrift an den „Vorwärts“ hervor, in der es heißt: „Ganze Abteilungen der Werkstätten liegen still, die Bahnmeistereien, Güterbahnen, Betriebswerkstätten sind entvölkert, die notwendige Arbeit zur Instandhaltung des Betriebes wird dem Privatunternehmer überlassen, der Profit und Generalunterkosten in nicht zu geringem Maße ausschlägt. Die Betriebsräte der Eisenbahn haben seit ihrer Einführung stets auf diese Mängel hingewiesen, eine Fülle von Material beigetragen und typische Fälle in einer Denkschrift vorgelegt, die sie am 10. November 1921 dem Minister überreichten. Das Ministerium hat sich zu diesem sachlichen Material nicht geäußert. Trotz des Nachweises, daß in einigen Betrieben eine Überbestandenschieber herrscht, tritt man an die Betriebsvertretungen heran und sucht mit ihnen über Richtlinien für die zu entlassenden Arbeiter zu verhandeln.“

Keine Unentgeltlichkeit der Lernmittel

Im Bildungsausschuß des Reichstages, der sich am Freitag mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel beschäftigte, teilte Staatssek. Schulz mit, daß das Reich keine Zuschüsse leisten könne. Daber ist das Reichsinnenministerium nicht instande, auf die Durchführung des Artikels 142 der Reichsverfassung einen Druck auszuüben. — Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.) beantragte Vorlegung einer Gesetzesvorlage auf Durchführung der Unentgeltlichkeit von Unterrichts- und Lernmitteln in den Volk- und Fortbildungsschulen. Der anteilige Kostenbeitrag soll von Reich, Ländern und Gemeinden getragen werden. — Abg. Fran Wülfel (Soz.) bezeichnet den Antrag als verfassungswidrig. Ein eigenes Gesetz ist nicht notwendig. — Staatssek. Schulz erklärt, daß amtliches Material über die Unkosten noch nicht vorhanden ist. — Abg. Dr. Philippi (Dn.): Die Durchführung liegt den Gemeinden und Ländern ob. — Der Antrag Löwenstein wurde abgelehnt. — Einstimmig angenommen wurde ein bürgerlicher Antrag, wonach die Reichsregierung den Ländern Beihilfen gewähren soll, damit für arme und für linderliche Familien Lernmittel frei oder verbilligt beschafft werden können.

Unsinnige Behauptungen

In der rechtssozialistischen Presse wird, gestützt auf Mitteilungen der „Roten Fahne“, die Behauptung aufgestellt, daß das Gebäude der Berliner Druckerei G. m. b. H. in bezug auf die „Freiheit“ angesetzt ist, an die Public State Bank in Chicago verkauft worden sei. Obwohl die Quelle für diese Behauptungen ernsthaft Menschen von vornherein zu einem zurückhaltenden Urteil veranlassen müssen, wird nicht nur diese Mitteilung verbreitet, sondern auch allerlei Kommentare über den „Verkauf eines deutschen Unternehmens, das von deutschen Arbeitern gegründet und erhalten wurde, an eine ausländische Bank“, daran geknüpft. Wir stellen dazu fest, daß auch diese Behauptung der „Roten Fahne“ falsch ist. Das Gebäude in der Breite Straße 8/9 ist an die Reichsbank verkauft worden und nicht an eine ausländische Bank. Ebenso ist die Druckerei an eine Berliner Druckfirma, Litzsch Erben, verkauft worden.

Annahme des Reichsmietengesetzes

Im Mittelpunkt des Reichstages stand die Schlussabstimmung über das Reichsmietengesetz. Das Haus war aus diesem Grunde sehr gut besetzt. Auch die Tribünen waren gefüllt, hauptsächlich von Grundstückspekulanten und Hausbesitzern, die während der Abstimmung durch Beifallsfundgebungen ihrem gequälten Herzen Luft machten. Das Endergebnis des Tages dürfte sie jedoch wenig befriedigt haben.

Bis zur letzten Minute war die Annahme ungewiß. Unsere Fraktion, die nach dem Ergebnis der 2. Lesung die Annahme beschlossen hatte, war fest entschlossen, das Gesetz abzulehnen, als bekannt wurde, daß das Zentrum entgegen der mit einigen Fraktionen festgelegten Vereinbarungen, Verschlechterungsanträge in Druck gegeben hatte.

Aber erst bei § 10, bei dem sich ein Hammelprung notwendig machte, werden die Zentrumsanträge verteilt, doch zu spät. Einen Erfolg konnten die Christen buchen durch die erzielte Befristung des Gesetzes, dank waren die Einzelabstimmungen beendet.

Nunmehr mußte der Reichstag die üblichen Erklärungen über sich ergehen lassen. Als erster der Kommunist Hendemann, der in einer ellenlangen Erklärung das Gesetz in Grund und Boden erklärte, zum Schluss aber betonte, daß seine Partei dem Gesetze zustimme. Lautes Gelächter des ganzen Hauses quittierte die Haltung dieser Unentwegten. Die Erklärung unseres Genossen Kuhn wurde von der gesamten Linken durch lebhafteste Zustimmung unterstützt. Scharf geißelte er das Verhalten des Zentrums, dem das soziale Elend nichts und der verwerflichste Spekulations- und Hausbesitzergewinn alles sei. Die Gesamtabstimmung, die eine namentliche war, ergab die Annahme des Gesetzes.

Sitzungsbericht

Freitag, 3. März 1922.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und einer Reihe kleiner Anfragen tritt das Haus in die

dritte Lesung des Reichsmietengesetzes

ein. Eine Debatte entspinnt sich nicht. Der Gegenentwurf wird mit unwesentlichen Änderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Dem Zentrum war es gelungen, durch einen in letzter Minute eingebrachten Antrag, der nicht gedruckt vorlag, eine Befristung des Gesetzes durchzusetzen.

Für die Kommunisten erklärt Abg. Hendemann, seine Fraktion würde trotz aller Mängel dem Gesetze zustimmen. Für die KPD. gibt der Abg. Hoffmann die gleiche Erklärung ab. Für die Deutsche Volkspartei erklärt Abg. Benthien, seine Fraktion lehnt das Gesetz ab.

Abg. Kuhn (U.S.): Meine Fraktion wird dem Gesetz zustimmen, trotz der soeben beschlossenen Befristung. Die Befristung ist eine Verzögerung vor der niedersten Spekulation. Die Einzelsetzung dieses Antrags war eine Ueberumpelung durch das Zentrum. Eine Handlung wider Treu und Glauben. (Sehr richtig!) Trotzdem stimmen wir dem Entwurf zu. Die Unabhängige Partei wird es vermögen, die Pläne der Spekulation zunichte zu machen. (Beifall links.)

Die Abstimmung über den Gesamtentwurf ist eine namentliche. Es werden 371 Stimmen abgegeben, wovon eine ungültig ist. Mit Rein stimmen 168, mit Ja 202 Abgeordnete.

Es folgt die Abstimmung über den Gegenentwurf betreffend Rechtsverhältnisse im Saargebiet. Es ist eine Zweidrittelmehrheit für die Gesetzwendung der Vorlage notwendig. Das Gesetz wird mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den von den Kommunisten eingebrachten Antrag gegen die Auslieferung der Spanier. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Abg. Rosenfeld (USP):

gibt nach der Abstimmung folgende Erklärung ab:

„Namens der USP. habe ich folgendes zu erklären: Meine Freunde haben nur für den ersten Absatz des Antrags Herzfeld stimmen können, in dem ausgesprochen ist, was wir immer gesagt haben, daß den beiden inwärtigen ausgelieferten Spaniern eine politische Tat zur Last gelegt wird und daß sie deshalb nicht ausgeliefert werden dürfen. Dem zweiten Teil des Antrags Herzfeld, in dem gefordert wird, daß der Reichstag den Reichsanwalt ersuchen soll, auf die preussische Regierung einzuwirken, daß die Auslieferung rückgängig gemacht wird, können wir jetzt, nachdem die spanischen Syndikalisten in Spanien eingetroffen sind, nicht mehr zustimmen. Wir haben, solange die Spanier in der Gewalt der deutschen Regierung waren, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Auslieferung zu verhindern gesucht. In Verhandlungen mit der Regierung, in zahllosen Versammlungen und in der Presse hat die USP. der Auslieferung der Spanier immer von neuem widersprochen. Nach der erfolgten Auslieferung hat die U.S.P.D. scharfen Widerspruch erhoben und das Verhalten der deutschen Regierung brandmarkt. Jetzt aber dieselbe Regierung, welche die Auslieferung vorgenommen und mit fadenscheinigen Gründen gerechtfertigt hat, ersuchen zu wollen, die Auslieferung rückgängig zu machen, erscheint uns auch mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Regierung keinerlei Nachmittel hat, die spanische Regierung zur Rückgängigmachung der Auslieferung zu zwingen, als leere Demonstration. Eine solche Demonstration können wir um so weniger unterstützen, als sie nur dazu geeignet ist, den fallenden Eindruck hervorzuheben, als ob von dieser Regierung ein Säug des höchstschweren politischen Rückfalls zu erwarten ist. Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, dem zweiten Teil des Antrags Herzfelds zuzustimmen.“

Haushaltsberatung

Der Antrag, eine Denkschrift über das Geschäftsgedahren industrieller Unternehmungen, an denen das Reich beteiligt ist, einzufordern, wird angenommen. Der Antrag der Deutschnationalen, das Reichsfinanzministerium aufzulösen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Abg. Wienbed (Dn.) fordert, daß die von der Regierung geschaffenen Unternehmungen zugunsten des Handwerks und der Industrie wieder zurückgegeben werden. Immer weiter breitet sich die Auffassung aus, daß das Reich die Befreiungen aus Sozialisierung weiterer Zweige der Wirtschaft nicht so hindert, wie es im Interesse der Privatwirtschaft gefordert werden muß. Wenn man fest, wie sich zu den Befreiungen im Reich auch das Bestehen der Gemeinden gefest, immer weitere Zweige zu kommunalisieren, so läßt sich nicht behaupten, daß weite Kreise des Handwerks dabei zugrunde gehen müssen.

Abg. Stülken (SPD.): Es wäre der größte Fehler, wenn das Reich etwas von seinen Befreiungen aus der Hand geben wollte. Die Rettung der Deutschen Werke kann bereits auf einigen Erfolg zurückblicken. Die Deutschen Werke haben, als sie geschaffen wurden, eine ganze Reihe während des Krieges vom Reich ins Leben gerufener Unternehmungen übernehmen müssen, die wirtschaftlich sehr unglücklich standen. Jetzt ist das Defizit beseitigt. Das ist ein Erfolg. Wenn die Deutschen Werke als Reichsbetriebe aufgeführt würden, würde nicht das Handwerk, sondern die Großindustrie davon den Vorteil haben. Es muß aber begründet werden, wenn gerade unter den heutigen Verhältnissen das Reich einen Teil seines Bedarfs aus eigenen Betrieben deckt.

Reichsfinanzminister Bauer: Es ist auch von den Deutschen orthodoxen Werken gesprochen worden, die während des Krieges von der deutschen Regierung geschaffen wurden. Das orthodoxe Handwerk hat Hochkonjunktur und wird es vielleicht noch 20 Jahre haben. Es kann den Bedarf der Kriegsbefähigten an seinen Produkten gar nicht decken. Wenn man von Schäden des Handwerks durch die Reichsbetriebe redet, so fragt es sich hier, wie kann das Handwerk z. B. geschädigt werden, durch die Beteiligung des Reichs an den Elektrizitäts- oder Aluminium- oder Eisenwerken. Wenn wir leinereize die Reichsbetriebe einzeln der Privatindustrie überlassen hätten, so hätten an Stelle der Deutschen Werke jetzt vielleicht 14 Einzelbetriebe die Konkurrenz mit den anderen Werken übernehmen müssen. Für das Handwerk würde sich dadurch nichts geändert haben. Uebrigens hat die Nationalversammlung einmütig beschlossen, die während des Krieges geschaffenen Reichsbetriebe dem Reich zu erhalten.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Haack (SPD.) ist der Etat des Reichsfinanzministeriums in zweiter Lesung beendet. Eine Entschließung des Haushaltsausschusses, die die Vorlage einer Denkschrift über die Bewertung von entbehrlichem Heeres- und Marinegut verlangt, wird angenommen.

Haushalt des Wiederaufbauministeriums

Abg. Niedmüller (S.P.D.): Politische Gründe bewegen die S. P. D. für die Beibehaltung des Wiederaufbauministeriums einzutreten. Wir müssen die Unabhängigkeit des Wiederaufbauministeriums vom Finanzministerium verlangen. Die Entschärfungen der Auslandsdeutschen müssen durchgeführt werden. Wenn jetzt das Wiederaufbauministerium fallengelassen wird, würde die Entschärfung, daß Deutschland nicht daran denke, an dem Wiederaufbau weiterzuarbeiten. Von Seiten der Franzosen sind zwar Schwierigkeiten gemacht worden gegen die Zulassung von deutschen Arbeitern bei den Wiederaufbauarbeiten. Das ist aber nur von französischen Kapitalisten gefahren. Französische Arbeiter haben mit deutschen Arbeitern zusammen versucht, in vielen Zusammenkünften Wege anzubahnen, um das wiederzugemachen, was durch den Krieg zerstört worden ist. Aufgabe des Wiederaufbauministeriums ist es, auf diesem von Arbeitern gewiesenen Wege fortzuschreiten, um das Elend überwinden zu helfen.

Ein Vertreter aus dem Finanzministerium: Seitens des Finanzministeriums wird dem Gedanken, das Wiederaufbauministerium vom Finanzministerium unabhängig zu machen, keinerlei Widerstand entgegen gesetzt.

Abg. Dauch (D. Sp.): Uns fehlt der Glaube an der Volkshaft des Finanzministeriums. Das Wiederaufbauministerium drückt uns, da es eine auf Grund des uns aufzunehmenden Friedensvertrags eingeleitete Inflation ist. Im Reichsausgleichsamt zeigt sich am deutlichsten, wie Deutschland immer wieder vom Feindbund vergewaltigt wird. Das Wiederaufbauministerium hat nicht nur die Pflicht, das Feindland anzubauen, sondern auch die Pflicht, die berechtigten Forderungen der Auslandsdeutschen, die das Rückgrat unseres Außenhandels sind, zu erfüllen. Die Entschärfungen müssen endlich in die Tat umgesetzt werden.

Abg. Wienbed (Dn.): Wir sind erfreut, daß man im Wiederaufbauministerium endlich eine wesentliche Verminderung der Kräfte hat eintreten lassen. Wir sind einverstanden damit, daß sein Minister den obersten Platz des Wiederaufbauministeriums einnimmt. Auch wir fordern aufs energischste die Durchführung der Entschärfungen der Auslandsdeutschen. Dem Wiederaufbauministerium sind zwei Behörden eingegliedert worden. Nur 11 Prozent aller an den Wiederaufbauarbeiten Beschäftigten sind deutsche Arbeiter und Handwerker. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Kurze Verlegung des Reichstages

Der Kellereiausschuß des Reichstages soll heute zu einer Sitzung zusammentreten. Es ist beabsichtigt, ihm den Voranschlag zu unterbreiten, die Plenarsitzungen des Reichstages in der nächsten Woche ausfallen zu lassen, damit die Arbeiten des Steueramts bis zu Ende geführt werden können, daß in der übernächsten Woche das Plenum an die Beratung der Steuerentwürfe herantreten kann.

Preussische Forstverwaltung

Der Hauptauschuß des preussischen Landtages beschäftigte sich mit dem Etat der Forstverwaltung. Dieser Etat ist einer der erfreulichsten für die Staatskassen, schließt er doch mit einem Ueberschuß von 815 Millionen Mark ab. Dieser Voranschlag ist nur rechnerisch, tatsächlich wird der Reinertrag nach den heutigen Holzpreisen um rund 1 Milliarde Mark höher sein, als im Etat vorgelesen.

Unser Fraktion beantragte die Entnahmen um 100 Millionen Mark zu erhöhen und die Summe von 70 Millionen Mark für den Wohnungsbau zu verwenden. Ein weiterer Antrag verlangt, den Gemeinden Brennholz an die minderebemittelte Bevölkerung zu niedrigen Preisen zu überweisen und die gemeinnützigen Organisationen bei der Verteilung anzuschließen. Unser Genosse Klausener begründete in der Aussprache diese Anträge. Bei den ungeheuren Holzpreisen sei es der minderebemittelten Bevölkerung einfach unmöglich, den Bedarf einzulösen bei einem Preise von 250 bis 300 Mark, der bei der öffentlichen Versteigerung geboten wird. Der Holzhandel treibe die Preise in die Höhe ohne Rücksicht auf Kleinrentner, Beamten und Arbeiter, die unter der heutigen Teuerung schon ohne hin fürchtbar leiden, um in den kalten Tagen die Not breiter Schichten schamlos auszunutzen. Der Ausschuß konnte sich diesen Darlegungen nicht verschließen, was die allseitige Zustimmung bewies. Hoffentlich legen sie ihre Zustimmung in die Tat um durch Annahme des Antrages.

In weiteren Ausführungen wies Genosse Klausener darauf hin, daß es notwendig sei, die Privatforsten in Staatsbesitz zu überweisen, um der Holzbauwirtschaft zu begünstigen und zugleich das nach brachliegende Land, das sich nicht zur landwirtschaftlichen Produktion eignet, anzukultivieren. Im Interesse der Wälder bewirtschaften, die sich durch Sammeln von Beeren und Pilzen einen kleinen Nebenverdienst verschaffen, um ihr Leben fristen zu können, verlangte unser Genosse die Befreiung der Sammelrechte, die 10 R. kosten. Um den Wäldern mit Holz zu unterbinden, halte es die Verarbeitung des Holzes in eigenen Sägenwerkstätten für dringend notwendig.

Bei der Aussprache schloßen sich die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten diesen Ausführungen an und zeigten an der Hand von Material, daß auch bei der Forstverwaltung noch manches Verändertes für die Wälder der Arbeiter und Kleinrentner sei. Daß die Holzwirtschaft in der Privatforst vorzuziehen sein muß, zeigten die Ausführungen des Demokraten Barbelis (Hannover), indem er verlangte, daß Bayern notwendig sei, um die Besitzer zu einer nationalen Forstwirtschaft zu zwingen.

Wronowski, Oberpräsident von Westfalen. Wie die S. P. D. hören, sieht es nunmehr fest, daß der Nachfolger des am 31. März aussergehenden Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Dr. Wronowski sein wird.

Die Gesamtbevölkerung Italiens weist nach dem Ergebnis der jüngsten Volkszählung einschließlich der neuen Provinzen eine Gesamtbevölkerung von 39 Millionen auf. Den größten Bevölkerungszuwachs hatte Sizilien zu verzeichnen, wo die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent zugenommen hat. Die Gesamtzunahme in ganz Italien wird durchgehend auf 10 Prozent geschätzt.

Winke für die Steuererklärung

Mangelhafte Steuerbescheide für 1920

Noch sind viele Steuerpflichtige nicht im Besitz ihres Steuerbescheids für das Jahr 1920, obwohl rund zehn Monate seit Abgabe der Steuererklärung vergangen sind. Trotzdem also die Erledigung der Steuerbescheide für das Jahr 1920 noch in weitem Rückstand ist, haben die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger bereits das Formular für die Steuererklärung für 1921 erhalten. Das Landesfinanzamt erklärt die Verzögerung in der Uebersendung der Steuerbescheide damit, daß die städtischen Steuerstellen nicht in der Lage sind, die Abfertigung der Veranlagten vorzunehmen, und deshalb die Finanzämter die Steuerbescheide zurückhalten müssen.

In den meisten Fällen haben die Steuerzahler, die die Steuer durch Lohnabzug entrichten müssen, für das Jahr 1920 noch etwas herauszukriegen und warten mit Ungeduld auf die Zahlung. Sie sind ohnehin durch die Geldentwertung arg geschädigt worden. Die Gelder, die durch die Verzögerung in den Steuerstellen noch nicht zur Auszahlung kommen, werden notwendig gebraucht, jede neue Verzögerung hat neue Schädigungen für die Wartenden zur Folge, da die Geldentwertung von Tag zu Tag sich in der wachsenden Teuerung bemerkbar macht. Gegenüber diesem Zustand sind alle Versicherungen, daß die Veranlagung für das Jahr 1921 schneller vor sich gehen wird, nur ein schwacher Trost.

Bei Uebersendung der Steuerbescheide hat es sich herausgestellt, daß die Finanzbehörde, die im alten Formular nur 88 Fragen an die Steuerpflichtigen gestellt hat, ihrerseits bei der Antwort sich einer solchen Kürze bedient hat, daß eine Nachprüfung in den meisten Fällen unmöglich ist. Daraus ergeben sich dann eine Unmenge von Reklamationen, die für die Steuerpflichtigen ebenso zeitraubend sind, wie sie auch die rüchständigen Arbeiten der Finanzämter wenig zu fördern geeignet sind.

In nicht wenigen Fällen hat man es überhaupt unterlassen, den Steuerpflichtigen ihre Werbungskosten in Abzug zu bringen. Andererseits hat man es sich sehr bequem gemacht und die Werbungskosten generell mit 1200 Mark berechnet und alle Mehrforderungen gestrichen. Gegen diese eigentümliche Methode muß der schärfste Protest erhoben werden. Es muß dringend gefordert werden, daß bei der Veranlagung für das Jahr 1921 anders verfahren wird. Dazu ist aber dringend notwendig, daß die Beamten von ihren übergeordneten Stellen so klare Anweisungen erhalten, daß unrichtige Steuerbescheide nicht mehr vorkommen. Ungeeignete Beamte müssen eben mit anderen Arbeiten betraut werden, so daß nicht wieder solche Mißstände zutage treten wie bei der Veranlagung für das Jahr 1920.

Die Veranlagung für das Jahr 1921

Zur Abgabe einer Steuererklärung für das Jahr 1921 ist jeder verpflichtet, der ein Einkommen von 24 000 Mark und darüber hatte. Auch alle diejenigen, die ein solches Einkommen nicht hatten, aber ein Formular für die Erklärung zugesandt erhalten haben, müssen die Erklärung abgeben. Nichtabgabe der Erklärung wird mit Zuschlägen zur Steuer und Geldbußen bedroht.

Die Formulare für das Jahr 1921 sind nicht wieder gelb, sondern in blauer Farbe. Zu der großen Anzahl der Fragen ist hinzugekommen die Frage nach Spekulationsgewinnen. Arbeitnehmer, falls sie nicht Banddirektoren sind oder ähnliche Stellen bekleiden, werden diese Frage kaum zu beantworten haben, und diejenigen, die dafür Steuer abzuführen haben, wird man wohl nur in den seltensten Fällen erwischen.

Bei Ausfüllung der Erklärung sind auf der Vorderseite die Fragen nach der früheren Veranlagung sowie die Personalien recht genau und lesbar auszufüllen, weil dadurch die Bearbeitung erleichtert wird.

Die Frage 1 kommt nur dann zur Beantwortung, wenn jemand aus Grundbesitz Einkommen irgendwelcher Art bezieht, andernfalls ist hinter diese Rubrik ein Strich zu machen. Die Frage 2 hat nur Bedeutung für Gewerbetreibende, die in diese Rubrik ihre Geschäftsgewinne nach Abzug aller Geschäftskosten, wie Miete, Heizung, Beleuchtung, Gewerbesteuer, Kasse und ähnliches, einlegen. Die Frage muß beantwortet

werden, sofern jemand Zinsen und dergleichen Einkommen hatte. Die Frage 4 ist für die meisten Steuerpflichtigen die wichtigste. In dieser Rubrik ist das gesamte Einkommen unter Hinzurechnung der Steuerabzüge einzusetzen, aber unter Abzug der Werbungskosten.

Die abzugsfähigen Werbungskosten

Was alles unter Werbungskosten in Anrechnung zu bringen ist, ergibt sich aus dem der Steuererklärung beigelegten Auszug aus dem Einkommensteuergesetz § 13. Es sind insbesondere die Ausgaben für Fahrt zwischen Arbeitsstätte und Wohnung, die Beiträge für Lebensversicherungen, Sterbekassen, Gewerkschaften, Krankenkassen. Nicht mehr abzugsfähig sind die Beiträge für die Parteien. Dagegen sind in der Aufstellung nicht mit angegeben die ebenfalls in Abzug zu bringenden Unkosten für notwendige Berufsausübung, in den Fällen, wo durch die Art der Tätigkeit ein außerordentlich hoher Verschleiß an Kleidung eintritt. In Anrechnung gebracht werden darf aber nur der Teil, der höher ist als der normale Verbrauch. Ebenso sind die Kosten für eigenes Werkzeug, das gestellt werden muß, abzuziehen.

In diesen Fällen wird sich der Plan des Landesfinanzamts Groß-Berlin nicht durchführen lassen, 1800 Mark als Werbungskosten bei allen Arbeitnehmern gelten zu lassen und nur diese Summe anzuerkennen. Sollte dieser Plan durchgeführt werden, muß im Einspruchsverfahren eine Berichtigung vorgenommen werden.

Für 1921 ist nur für 9 Monate zu zahlen

Durch die letzte Abänderung des Einkommensteuergesetzes, die die Veranlagung überflüssig machen soll und seit dem 1. Januar in Anwendung gekommen ist, wird die Berechnung für das Jahr 1921 nur für $\frac{1}{4}$ Jahr vorgenommen. Es ist von den Steuerpflichtigen zwar das Einkommen für das ganze Kalenderjahr, d. h. vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1921 anzugeben. Die Berechnung wird aber nur für $\frac{1}{4}$ Jahr erfolgen.

Beispiel.

Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit 2 Kindern hatte im Kalenderjahr ein Einkommen von . . .	20 000 M.
davon ab Werbungskosten . . .	1 800 "
Ernährung für sich, Ehefrau und zwei Kinder . . .	4 800 "
verbleibt ein steuerbares Einkommen von . . .	13 400 M.
Die Steuer beträgt demnach für 1921 $M. 1340 \times 3$	= 4 020 "

Sind mehr Steuermarken als diese Summe gefordert worden, muß eine Herauszahlung erfolgen, andernfalls Nachzahlungen gemacht werden müssen.

Einkommen der Ehefrau

Das Einkommen der Ehefrau ist in jedem Fall, wenn die Ehefrau nicht in dem eigenen Betrieb des Ehemannes tätig ist, besonders zu veranlagern. Dabei ist zu beachten, daß erhöhte Werbungskosten in Abzug zu bringen sind, wenn durch die Tätigkeit der Frau erhöhte Ausgaben im Haushalt entstehen oder für die Wartung und Erziehung der Kinder Mehraufwendungen zu machen sind. Diese Bestimmungen treffen auch für alleinstehende Personen zu.

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten der Charité. Vom 1. März 1922 ab werden in der Charité auf den hiesigen Universitätskliniken in der III. Klasse für Erwachsene 40 M. für Kinder unter 14 Jahren 10 M. täglich erhoben. Neben diesen Kurkosten kommen die Kosten für Saisoanbehandlung, für Blutuntersuchung, Königenaufnahmen, Durchleuchtungen und Bestrahlungen sowie für ähnliche Sonderbehandlungen zur Erhebung. Bei Entbindungen ist außerdem ein besonderer Kostendeckungsbeitrag von 50 M. zu zahlen.

Die angelegten Wucherpachtzinsen der Stadt Berlin. Der Berliner Magistrat hat im Frieden den Pachtzinsen für das Gemüse und die Milch der städtischen Güter einen Geldbetrag als Maßstab zugrunde gelegt, der dem Wert von 30 Zentnern Roggen je Hektar entspricht. Jetzt hat der Magistrat wegen der fortgeschrittenen

Wucherveränderungen es für richtig gehalten, keine festen Pachtzinsen zu nehmen, sondern einen Maßstab, der sich den veränderten Wucherverhältnissen anpaßt, und hat hierfür den Roggenpreis genommen in der Annahme, daß das Brotgetreide gegen andere Bedarfsartikel sich im Preise mehr in der Mitte halten wird. Es ist hierbei als Maßstab aber nicht der Preis von 30 Zentnern Roggen gewählt, wie im Frieden, sondern nur für 20 Zentner (das sind also $\frac{2}{3}$ des Friedenspachtvertrages), der je Hektar als Pacht zu leisten ist. Die Pacht wird demgemäß nicht in natura in Roggen geliefert, sondern zu dem Geldwert, den der Roggen vom 1. bis 10. August des betreffenden Pachtjahres hat. Im vergangenen Jahr war der Roggen um diese Zeit am billigsten, und das dürfte auch für die weitere Zukunft so sein. Die Pachtlieferung in Roggenwert hat den Vorteil, daß einestheils der Pächter bei einem Zurückgehen des Roggenpreises ebenfalls weniger Pacht zahlen und einer weiteren Entwertung seiner Waluta die Stadt ohne Nachteil der Pächter auch nicht geschädigt wird. Die hier und da verbreitete Anschauung, der Magistrat nehme Wucherpreise, ist daher irreführend.

Das Recht der Elternbeiräte

Eine für die Rechte der Elternbeiräte wichtige, wenn auch selbstverständliche Entscheidung hat die 10. Strafkammer des Landgerichts I am 3. d. M. gefällt. Der Vorsitzende des Elternbeirats der 27. Gemeindeschule, Genosse Hoyer, hatte von verschiedenen Schulkindern gehört, daß ein Lehrer der Schule Afters beitrunklen zum Unterricht gekommen sei, und hatte dieses dem Rektor der Schule gemeldet und ihn um Untersuchung des Falles ersucht. Es stellte sich heraus, daß der betreffende Lehrer oft im Frack (!) zur Schule gekommen und kaum in der Lage war, den Unterricht arbeitsmäßig zu erteilen. Dieses sollte jedoch nicht auf Trunkenheit, wie die Kinder annehmen, zurückzuführen sein, sondern auf die Tatsache, daß der Lehrer gleichzeitig als Konzertsänger tätig und deshalb übermüdet war.

Selbstmitleid wurde auf Grund dieses Tatbestandes gegen den pflichttreuen Genossen ein Verleumdungsprozeß von der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Noch unglaublicher ist es, daß das Schöffengericht Berlin-Mitte Hoyer auch wirklich wegen Verleumdung des Lehrers zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, und in seinem Urteil zum Ausdruck gebracht hatte, daß der Zusatz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) nicht in Frage käme, da der Elternbeirat nicht das Recht habe, über das sittliche Verhalten der Lehrer zu wachen. Gegen dieses unglaubliche Urteil, das eine völlige Entrechtung des Elternbeirats bedeutet, hatte Genosse Dr. Weinberg namens des Angeklagten Berufung eingelegt. Im Termin vor der Strafkammer gab der als Zeuge vernommene Rektor Köhler die ergößliche Ansicht zum besten, daß es sich bei dem Verhalten Hoyers um eine „Machtprobe“ der USPD gehandelt habe! Genosse Dr. Weinberg geriefte diese eigenartige Auffassung des Rektors und legte unter Bezugnahme auf die Satzungen für Elternbeiräte dar, daß der Angeklagte durchaus in Erfüllung seiner Pflichten als Elternvertreter gehandelt habe, so daß von einem rechtswidrigen Handeln überhaupt nicht die Rede sein kann. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils frei.

Einheitliche Regelung des Impfwesens

Das Impfwesen in der Stadtgemeinde Berlin ist jetzt einheitlich geregelt worden. Es wird danach in Zukunft folgendermaßen vorgegangen werden:

1. Die Reviere stellen nach einer bestimmten Anweisung die Listen der impfpflichtigen Erstimpflinge auf und überfenden sie dem Bezirksgesundheitsamt bis spätestens zum 1. April.
2. Das Bezirksamt stellt den Impfplan auf und teilt ihn den betreffenden Revieren und den Kreismedizinalräten mit.
3. Die Reviere fertigen hiernach die Aufforderungen für die Eltern um zur Bestellung der Erstimpflinge aus und stellen sie denselben zu.
4. Die Reviere schicken zu jedem Termin einen Beamten, der im Einvernehmen mit dem Impfarzt für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und die Impflisten hernach wieder zum Revier zu bringen hat.
5. Bis zum 15. August teilen die Reviere dem Bezirksgesundheitsamt mit, wieviele Kinder nicht zur Impfung gebracht und

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Single autorisée de la traduction de Maxime Gorki

Amerikanischen Copyright 1918 by Mellen & Co., Berlin

(18. Fortsetzung)

„Sie sind wohl Räuber geworden?“
„Kann sein, daß sie Räuber geworden sind, kann aber auch sein, daß sie Einsiedler wurden. Das war damals kein großer Unterschied . . .“

Die Großmutter befreuzte sich und meinte:
„Heilige Mutter Gottes! Wenn man so über die Menschen nachdenkt, tun sie einem alle miteinander leid . . .“

„Jeder hat doch seinen Verstand — sieh zu, wo dich der Teufel hinloden will!“

Auf einem feuchten Fußpfad, zwischen moosbewachsenen kleinen Erdhügeln und abgestorbenem Tannengestrüpp, gelangten wir in den Wald. Es scheint mir sehr verständlich, was der Kirillo da getan hat: im Walde gibt's keine zärtlichen Menschen, keine Brügelchen, keine Trännsucht, dort kann man den widerwärtigen Geiz des Großvaters vergessen, und das Sandgrab der Mutter, und all das andre, was so drückend und qualvoll auf dem Herzen lastet.

An einer trocknen Stelle sagt die Großmutter:
„Komm' wollen uns setzen und etwas essen!“

In ihrem Korbe hat sie Roggenbrot, grüne Zwiebeln, Gurken, Salz und in einem Stück Leinwand weißen Quark. Der Großvater sieht verlegen blinzelnd zu, wie sie das alles ausspakt.

„Und ich habe mir nichts mitgenommen . . .“ sagt er.
„Es wird für alle reichen, lang' zu!“ erwidert die Großmutter.

An den kupferbraunen Stamm einer mächtigen Kiefer gelehnt, sitzen wir da und essen. Die Luft ist von Harzduft gefüllt, vom Felde weht ein leiser Wind, der die Aeste bewegt. Die Großmutter pflicht mit ihrer dunklen Hand allerlei Kräuter, nennt mir die gesundheitsfördernden Eigenschaften des Johanniskrauts, der Primel, des Bitterlees und die geheimnisvollen Heilkräfte des Farnkrauts, des Weiberichs und des Hartheus.

Der Großvater haßt den Windbruch klein, und ich soll das zerleinerte Holz an eine Stelle zusammentragen. Ich ziehe es jedoch vor, mich unbemerkt aus dem Staube zu machen und der Großmutter nachzugehen, die unerbittlich

zwischen den Kiefernstämmen hinwandert und sich von Zeit zu Zeit, als ob sie untertauchte, nach dem nadelbedeckten Waldgrund bückt. Während sie dahinschreitet, hält sie ihre Selbstgespräche:

„Das wird wieder mal kein Pilzjahr, wie es scheint! Ach du lieber Gott im Himmel, du sorgst gar nicht gut für die Armen! Für die ist doch selbst der Pilz ein Leckerbissen . . .“

„Ich schleiche ganz leise hinter ihr her, damit sie mich nicht bemerkt — ich will sie nicht füttern in ihrer Unterhaltung mit Gott, mit den Kräutern und Fröschen. Aber sie hat mich schon gesehen und sagt: „Na, bist du ihm weggelaufen?“ Und während sie sich vor der im üppigen grünen Gräser- und Prangenden schwarzen Erde verneigt, erzählt sie, wie Gott einmal, über die Menschen ergrimmt, die ganze Erde überflutete und alles, was da lebte, vertilgt habe.“

„Seine heilige Mutter aber hatte schon vorher den Samen von jeder Art in ein Körbchen gesammelt und aufgehoben, und dann hat sie die Sonne: „Trockne doch die Erde von einem Ende zum andern, dafür werden die Menschen dich preisen und loben!“ Und die Sonne trocknete die Erde wieder aus. Sie aber säte auf ihr den gesammelten Samen. Der Herrgott gukt und sieht, wie wieder alles Lebende auf der Erde zu wachsen anfängt — Kräuter, Vieh und Menschen: alles ist da! . . .“

„Wer hat das gegen Meinen Willen getan?“ fragt Er. Da gesteht Sie Ihm alles ein, und weil's Ihm schon vorher leid getan hatte, daß alles so zahl war, sagt Er zu ihr: „Du hast recht dran getan!“

Die Geschichte gefällt mir, ich bin jedoch erstaunt und frage ernsthaft:

„Ist's wirklich so gewesen? Die Mutter Gottes wurde doch lange nach der Sintflut geboren?“

„Jetzt ist die Reihe des Erlösens an der Großmutter.“

„Wo hat man dir das gesagt?“

„In der Schule . . . es steht so in den Büchern . . .“

Meine Antwort beruhigt sie, und sie sagt:

„Ach so, in den Büchern! Was da drin steht, kannst du ruhig vergessen . . . Die Lügen nämlich nur, die Bücher . . .“

Ein leises, fröhliches Lachen folgt diesen Worten.

„Das haben sie sich so ausgedacht, die dummen Kerle,“ fährt sie fort. „Ein Gott war also da, und eine Mutter hat er nicht gehabt! Wer hat Ihn denn da geboren, hä?“

„Ich weiß es nicht.“

„Aha, da haben wir's! „Ich weiß es nicht“ — das ist alles, was du schließlich gelernt hast!“

„Der Pope sagte, Joachim und Anna seien die Eltern der Mutter Gottes gewesen.“

Die Großmutter wird nun ganz ernstlich böse — sie sieht vor mir und sieht mir gerade in die Augen.

„Wenn du solchen Unsinn glaubst, hau' ich dir ein runter!“ sagt sie, gleich darauf erklärt sie mir jedoch:

„Die Mutter Gottes war immer da, früher als alles andere. Von Ihr wurde Gott geboren, und dann . . .“

„Und was ist mit Christus?“

Die Großmutter schweigt und schließt verwirrt die Augen.

„Was mit Christus ist? . . . Na, eben . . . ja . . .“

Ich sehe, daß ich Sieger geblieben bin: ich habe sie unsicher gemacht in ihrem Wissen von den göttlichen Geheimnissen, und das ist mir peinlich.

Immer tiefer geraten wir in den Wald hinein, in seinem bläulichen, von goldenen Sonnenstrahlen durchbrochenen Nebeldunst. Wie ein leises Raunen, das allerhand Träume weckt, klingt es durch die würzig warme Luft. Die Kreuzschnäbel zirpen ihr „gip, gip, zof, zof“, die Blaumeisen piepen, der Kukud laßt, der Pizol ruft sein „hülu, hülu“, unaussprechlich pinkt und klingt das Liedchen des Buchfinks, schwirrt und laßt der Kreuzschnabel, der Sonderling unter den Sängern. Smaragdgrüne Frösche hüpfen uns zwischen den Beinen durch; zwischen den Baumwurzeln belauert sie schon, das goldene Köpfchen lebend, die sich ringelnde Kater. Ein Aaxen tönt oben im Kieferngezweig; der buschige Schwanz eines Eichhörnchens huscht durch die Aeste. Immer mehr Neues, Herrliches sieht das Auge — und immer mehr will es sehen, immer weiter schweifen. Zwischen den Kiefernstämmen erscheinen durchsichtige Luftgebilde, wie riesige Menschen — kommen und schwinden wieder in der grünen, vom silberigen Himmelsblau durchbrochenen Dichte. Unter den Frühen breitet sich schwellend der Moosleppich hin, Lorbeer- und Preiselbeeren heben sich in blutroten Tupfenmustern ab, herber Pilzduft steigt kieselnd in die Nüstern.

„Heilige Mutter Gottes, du strahlendes Licht der Erde!“ betet leise die Großmutter.

Wie eine Hausherrin, der alles ringsum vertraut ist, geht sie durch den Wald — wie eine Bäarin, die in ihm heimisch ist. Sie sieht alles, lobt alles, dankt für alles. Ein ist, als ob eine wohlige Wärme von ihr ausginge; ihr Fuß tritt das Moos zu Boden, doch mit einem Gefühl des Waghagens sehe ich, wie es sich gleich wieder streckt und emporrichtet.

(Fortsetzung folgt.)

wieviele nach etwaigen Ueberweisungen von auswärts überhaupt noch impflich geblieben sind, damit danach die Herbsttermine vorbereitet werden können.

6. Die Reviere erhalten hiernach von dem Bezirksgesundheitsamt den Impfplan für die Herbsttermine und fertigen nachmals die Aufforderungen wie oben aus.

7. Nach Abschluss der Herbsttermine fertigen die Reviere die Strafanzeigen gegen die säumigen Eltern usw. aus und sorgen für ihre Erledigung. Dasselbe gilt für die ihnen von den Bezirksämtern zugehenden Mitteilungen über Wiederimpf-Entscheidungen.

8. Die Impflisten bleiben bis zum 15. Januar des folgenden Jahres bei den Reviere, damit die eintretenden Zu- und Abgänge eingetragen werden können.

9. Zum 16. Januar sind die Impflisten von den Reviere an die Bezirksgesundheitsämter abzuliefern.

10. Die Bezirksgesundheitsämter werden die aus ihrem Impfbericht ermittelten Schlusssummen bis zum 1. März den Bezirksgesundheitsämtern mitteilen.

11. Bis zu demselben Zeitpunkt werden die Impflisten den Reviere behufs Aufstellung der neuen Impflisten für das folgende Jahr zugefertigt.

Das überverteilte Reichsbekleidungsamt

Oder: die geprellten Heimarbeiterinnen

Eine Korrespondenz übermittelt der Presse eine Notiz, betitelt „Das überverteilte Reichsbekleidungsamt“. In dieser Notiz wird dargelegt, wie hiesige Schneider-Zunungen ein glänzendes Geschäft damit machen, daß sie vom Reichsbekleidungsamt zur Anfertigung übernommene Schneiderarbeiten an Heimarbeiterinnen weitergeben und diesen Schundlöhne bezahlen. Die Zunung „Konkordia“ mit ihrer Produktionsgenossenschaft in der Spandauer Straße ist an diesen Arbeiten hauptsächlich beteiligt. Sie erhält vom Reichsbekleidungsamt für die Anfertigung einer Militärmantel 86,33 M., für die fabelhafte Leistung, die Arbeiter an einen Innungsmeister weiterzugeben, dem sie für dasselbe Stück 73,78 M. bezahlt. Aber auch dieser macht keinen Finger krumm, sondern bildet bloß das erste Glied einer langen Kette von Zwischenmeistern bis endlich wirklich etwas geschieht, und zwar von Heimarbeiterinnen, die 45,10 M. für die Anfertigung einer Militärmantel erhalten, für die die Zunung 86,33 M. berechnet. Die Differenz verschwindet auf dem langen Marsch von dort bis zur Nähmaschine der armen Heimarbeiterinnen.

Das Reichsbekleidungsamt wußte von diesen Machinationen nichts und will der beteiligten Zunung jetzt den Auftrag entziehen. Man kann nur bedauern, daß dies nicht schon längst geschehen ist. Die Heimarbeiterinnen, die in dieser Weise von der sauberen Zunung seit Jahr und Tag um fast die Hälfte des ihnen zustehenden Lohnes geprellt worden sind, werden sich daran tun, zu versuchen, ihre Ansprüche beim Gewerbeamt geltend zu machen. Jedenfalls sind sie (und nicht das Bekleidungsamt!) in empörendster Weise geschädigt.

Jugendweih im Großen Schauspielhaus. Die Kinder, die an der Jugendweih am 12. März teilnehmen, kommen heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr (nicht um 5 Uhr, wie ursprünglich bekanntgemacht wurde), in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, zusammen.

Das Urteil im Mordprozess Eichbach. Die vor dem Schwurgericht des Landgerichts II geführte Verhandlung gegen den Schlächtermeister Eichbach aus Berlin wegen Ermordung seines Schwiegerohnes wurde gestern zu Ende geführt. Die Geschworenen verurteilten die Schuldfrage, so daß die Freisprechung des Angeklagten erfolgte, was von den zahlreich anwesenden Einwohnern von Bernau und Umgegend mit lautem Beifall begrüßt wurde.

Der Schmutz in den Schulen. Der Zweckerband sämtlicher nebenamtlich angestellter Schularzte Groß-Berlins hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, beim Magistrat Einspruch gegen die verminderte Reinigung der Schulräume zu erheben. Die Schulen seien jetzt schon so verschmutzt, daß für die Gesundheit der Schüler und Lehrer erste Gefahren entstehen können. Die Wiedereinführung der täglichen Reinigung aller Schulräume erweise daher als unumgängliche Notwendigkeit. Dieser Protest der Schularzte erscheint nur zu berechtigt; denn die vom Magistrat beschlossene Beschränkung der Schulreinigung auf drei Tage in der Woche ist vollkommen unzulänglich.

Gewerkschaftliches

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung

Walter Lambach, Mitglied des Reichstages (Deutschnationale Volkspartei) und Führer im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, hat in mehreren deutschnationalen Blättern einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Sieg im viersten Schützengraben“ veröffentlicht.

Zur gleichen Zeit lesen wir in mehreren demokratischen Parteiblättern einen Artikel: „Der Volksentscheid“ vom Bundesvorsitzer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Gustav Schneider, jetzt Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ehemals Abgeordneter der Deutschnationalen Partei in der Nationalversammlung.

Beide Artikel beschäftigen sich mit der „Niederlage“ des AFA-Bundes und dem „Sieg“ der Hauptausführenden der Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung. Herr Schneider beschäftigt sich in seinem Aufsatz hauptsächlich mit den bisherigen Wahlergebnissen und konstatiert, daß die „Angestellten der Nattenanfertigungen des AFA-Bundes nicht folgen“. Er wendet sich gegen die „Schematisierung“ in der Sozialversicherung und verlangt die „Individualisierung“. Herr Lambach hat sich in seinem Artikel glänzend dem gewöhnlichen Niveau der „Tagl. Rundschau“ angepaßt. Er schreibt, daß das, was sich äußerlich als die Neuwahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung zeigte, innerlich der Abwehrkampf der selbstbewußten Angestelltenstandes gegen die Einmischung in den allgemeinen Arbeitnehmerkreis war. Er folgt dann den „verrichtenden Niederlagen“ der internationalen Marxisten, womit er den AFA-Bund „sozialdemokratisch-unabhängiger-kommunistischer Färbung“ meint. Demgegenüber steht der „überwältigende Sieg der Nationalen“, der in zwei Flügel, nämlich den „christlich-nationalen“ (Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband) und den „freihändler-nationalen“ (Gewerkschaftsbund der Angestellten) zerfällt.

In beiden Artikeln wird mit den üblichen Methoden gearbeitet. Man führt eine Reihe von Verammlungen auf, in denen Entschlüsse der gegnerischen Organisationen angenommen wurden, obwohl die Verammlungen vom AFA-Bund einberufen waren, oder man reißt eine Anzahl von Orten auseinander, in denen die Hauptausführenden bei der Wahl die Stimmenmehrheit erzielt haben. Es wäre kein Kunststück, dieses System mit genau demselben System zu beantworten, denn es ist selbstverständlich, daß bei einem Wahlkampf, der sich über Hunderte von Orten erstreckt, Erfolge und Mißerfolge in beiden Lagern eintreten müssen. Besonders charakteristisch ist es aber, wenn Herr Lambach als Schulbeispiel einer gegen den AFA-Bund angenommenen Entschlüsse von Ort zu Ort anführt. Man muß zu dem Schluss kommen, daß es für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband insofern eine Bedeutung hat, derartig kleine Orte, die natürlich für das Gesamtergebnis völlig bedeutungslos sind, als Beispiel seiner Stärke anzuführen. Wir lehnen es ab, mit gleichen Methoden zu operieren, sondern wollen die Tatsachen sprechen lassen. Die Zahlen der auf die Liste des AFA-Bundes abgegebenen Stimmen haben sich seit den Wahlen des Jahres 1912 ganz beträchtlich erhöht. Am 11. Februar war das Wahlergebnis aus 580 Wahlorten bekannt. Der AFA-Bund hatte hier 125.933 Stimmen erhalten, 599 Vertrauensleute und 1316 Erfahrlente waren von seinen Listen gewählt. Im selben Abstand folgten die anderen Verbände: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt bei 77.164 Stimmen 335 Vertrauensleute, 585 Erfahrlente; Frauenberufsbünde bei 32.759 Stimmen 30 Vertrauensleute, 82 Erfahrlente; Gewerkschaftsbund der Angestellten bei 79.945 Stimmen 280 Vertrauensleute, 499 Erfahrlente; verschiedene andere Verbände bei 49.562 Stimmen 510 Vertrauensleute, 976 Erfahrlente.

Bei der Addition dieser Zahlen ergibt sich selbstverständlich, daß die Gesamtheit der Gegner mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als der AFA-Bund für sich allein erhalten hat. Es ergibt sich aber ebenso klar, daß der AFA-Bund die weitaus größte Anziehungskraft auszuüben imstande war. Nun wird von den Gegnern des AFA-Bundes immer mit dem Argument gearbeitet, daß ja nicht ein, sondern 12 Verbände im AFA-Bund vereinigt sind und daß es diesen 12 Verbänden nicht gelungen ist, die Stimmenzahl der gegnerischen Verbände zu überbieten. Diese Darstellung ist eine Demagogie, denn genau so, wie in den verschiedenen Verbänden des AFA-Bundes kaufmännische Angestellte, Bureauangestellte, Techniker, Werkmeister usw. vereinigt sind, sind alle diese Berufsgruppen im Gewerkschaftsbund der Angestellten, der ganz besonders mit diesem Argument gearbeitet hat, zusammengeschlossen.

Die beträchtlichen Erfolge des AFA-Bundes lassen erkennen, daß die Angestelltenversicherung immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß nicht in der Trennung der Arbeiter und

Angestellten in der Sozialversicherung das Heil erblickt werden kann, sondern die unabdingbare Notwendigkeit besteht, eine einheitliche Sozialversicherung für Arbeiter, Angestellte und darüber hinaus für alle anderen Erwerbstätigen zu schaffen. Noch einmal sei betont, daß es niemals in der Absicht des AFA-Bundes gelegen hat, die etwa vorhandenen besseren Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes zugunsten schlechterer Bestimmungen der Gesetzgebung der Arbeiterklasse zu operieren. Der Wunsch und Wille des AFA-Bundes war und ist die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung, die für Arbeiter und Angestellte gleich gute Bestimmungen, die wesentlich besser sein müssen als die Bestimmungen der bisherigen Sozialversicherung, enthalten sollen.

Zimmerer!

Morgen, Sonntag, den 5. März, vorm. von 10-12 Uhr, findet die Vorstandswahl in den Bezirken statt. Die Wichtigkeit dieser Abstimmung erfordert die reifste Beteiligung aller Kameraden, die es ernsthaft mit ihrer Gewerkschaftsorganisation meinen. Als wirksame und für die Gesamtorganisation allein maßgebende Vertretung kommt nur die Richtung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Betracht, ganz besonders, nachdem die Moskauer Richtung im letzten Jahre so verhängnisvoll für die Zahlstelle gewirkt hat.

Es gilt eine klare Entscheidung. Deshalb muß ein jedes Mitglied angehalten werden, sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme abzugeben für die Kandidaten der S. P. D. und U. S. P. D. als Anhänger der Richtung Amsterdam.

Die Nothilfe im Müllaufsichterskreis

Die B. S. Korrespondenz teilt mit: Die Technische Nothilfe mußte am gestrigen ersten Tage ihres Einsetzes im Müllaufsichterskreis von dem ursprünglichen Plan, sofort mit dem Abtransport des Mülls zu beginnen, Abstand nehmen, da es sich herausstellte, daß infolge der neunwöchigen Dauer des Streiks die Gespanne der Wirtschaftsgenossenschaft sich in einem nicht betriebsfähigen Zustande befanden. Nach Erledigung der nötigen Vorbereitungen wird nunmehr heute mit der Müllabfuhr durch die Nothilfe begonnen werden.

Zimmerer. Wir erziehen sämtliche, bis zum Juli 1921 bei der Firma A. Borzig, Tegel, beschäftigt gewesenen Zimmerer, die noch Anspruch auf Nachzahlung der Differenz des Lohnes zwischen Metall- und Zimmerertarif haben, sich am Donnerstag, 7. d. M., abends 7 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf, Scharweberstraße, zu einer Verammlung einzufinden. Des weiteren weisen wir nochmals darauf hin, daß die Fortsetzung unserer Zahlstellenverammlung am Montag, den 6. März 1922, abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal I, stattfindet.

Der Vorstand.

Jugendbewegung

Sozialistische Freiarbeiterjugend, Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Volkshaus, Reinickendorf, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eigene Gesangsgebilde.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute Abend um 8 1/2 Uhr findet die Zentralvorstandssitzung im Verbandsbureau, Breite Str. 8/9, statt. — Die Geschäftsleitung.

Sonntag, 5. März

15. Verwaltungsbereich Oberhavel. Die Genossinnen und Genossen, die die Vertriebsanlagen der Konsumgenossenschaft beschäftigen wollen, treffen sich nachmittags 1/10 Uhr am Marktplatz, Schildstraße.

Bereinskalender

Sonntag, 5. März

Freizeitliche Genuß. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Ernst Himmel: Franz Schubert und das deutsche Lied (unter Mitwirkung der Sängerin Himmelmahne). Harmonium: Der Lindenbaum (Schubert). Doppel-Musik: Vortrag des Herrn Paul, Dr. A. Hoff: Die menschliche Freiheit. Güte willkommen.

Unverzüglich eingehende Anzeigenscheine werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend stantfester Briefumschlag beigelegt ist. Das gleiche gilt für Anzeigen aus dem Reichsteil.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Anzeigentel und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommerlert, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, a. S. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 5-9.

Billige Preise für Glas, Porzellan, Wirtschafts-Artikel

Wir raten Ihnen, jetzt zu kaufen, da die Preise enorm steigen!

Porzellan-Tassen Schalenform 195	Kaffeekannen weiss, Porzellan 950	Kompotteller Glas 295	Teelöffel Aluminium 95Pi.
Aluminium-Esslöffel 125	Teekannen weiss, 795	Kompottschüsseln gross 950	Deckelhalter blau für 6 Deckel 495
Speiseteller weiss, tief u. flach 195	Dessertteller weiss, 19 cm 495	Käseglocke gross 1450	Kasserollen mit Stiel 950
Likörstamper 1/100 1/100 195	Speiseteller weiss, tief u. flach 575	Butterdose 950	Schöpföffel weiss 395
Kehrschaufel schwarz lackiert 595	Saucieren 1250	Bierbecher glatt 295	Leuchter weiss 695
Sturzflasche mit Glas, weiss 695	Bratenplatten 950	Kuchenteller 1475	Zahnbürstenbehälter mit Golddekor 950
Küchenlampe komplett 1950	Karloffschüssel mit Deckel 2950	Waschbret er mit Zinkeinlage 1095	Sand, Seife, Soda behälter mit Golddekor 2950
Wassereimer 28 cm 2975	Waschkübel weiss und blau 950	Wäscheleinen 25 Mtr. Pa. Qual. 1875	Rosshaarbesen 2950
Isolierflasche kpl., 1/2 Ltr., 1a Ware 3600	Waschschüsseln weiss 1475	Stuhlsitze 545	Handfeger 1750
Wandschoner Emaille 4875	Nachtgeschirr weiss 850	Kinderstühle 2950	Schaumlöffel weiss 695
Waschgarnitur 5teilig, bunt 6800	1 Salats 6teilig weiss 2450	Küchenstühle 3975	Wasserkessel mit Sock, 24 cm, Gold-, Del.- und Rankendekor 5500

LOEWENBERG & CO.

SWINEMÜNDER STR. 86 / ECKE LORTZINGSTR.

Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demmin: r Str. 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13, 130 u. Ringbh. Gesundbrunnen

Geldstrandsillosser

selbständige, und auch tüchtige Helfer, sucht Panzer Auktionsgesellschaft, Badstraße 19

Bettläschen

Bettwäsche

Gegen bequemste Teilzahlung

Gardinen, Stores, Chaiselongue-

decken, Tischdecken, Bettdecken

Dauendecken

in reicher Auswahl noch zu

sehr billigen Preisen

Gebr. Kassner, Bülowstr. 6 am Nollendorferpl.

Lötzinn

30-60 Mtr. p. Kilo

Zinn

blei

kauf

Handelsweise Kassner

Schuldenverfall 1. 1. 1922

Handelsweise Kassner

Schuldenverfall 1. 1. 1922

Handelsweise Kassner

Schuldenverfall 1. 1. 1922

Ein Auszug

überzeugt von den Vorzügen des Süßstoffs. Er ist billig, praktisch und belümmlich. Als Süßgewürz ausgezeichnet.

Zum Süßen größerer Mengen Speisen nehme man Kristall-Süßstoff, für einzelne Portionen Süßstoff-Tabletten.

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Garderobe

auf bequemste

Teilzahlung

bei billigster Preisberechnung

HERREN-DAMEN-

Anzüge, Gewänder, Paletots, Kostüme

Paletots, Västros, Röcke, Kleider

REGENMANTEL

BURSHENANZUG

Gute Ware! große Auswahl!

M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Altmetalle

schlechte Preise. Oberberger Str. 1. Reinickendorf

berger Str. 107.

Werbt für unser Blatt!